

4. Februar 1970: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU Über die Antwort an den Ersten Sekretär des ZK der SED, W. Ulbricht, zum Entwurf des Schreibens an Bundeskanzler der BRD, W. Brandt*

Der Entwurf der Weisungen an den sowjetischen Botschafter in Berlin ist zu bestätigen (Anlage).

Anlage**

Geheim

An den sowjetischen Botschafter
Berlin

60.¹ Suchen Sie Gen. W. Ulbricht auf und sagen Sie ihm Folgendes:

„Das Politbüro des ZK der KPdSU studierte mit großer Aufmerksamkeit die Überlegungen der Genossen bezüglich einer Antwort an den Kanzler der BRD, Brandt, und ist mit der vorgebrachten Idee zu einem Treffen und Gespräch des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR mit dem Kanzler der BRD einverstanden. In Moskau möchte man abermals die Zufriedenheit angesichts des Umstands zum Ausdruck bringen, dass auf Grundlage der von den sozialistischen Bruderländern gemeinsam ausgearbeiteten Linie die Initiative eindeutig auf Seiten der DDR liegt, indem sie Brandt dazu anhält, in einer Reihe von für uns alle erstrangige Bedeutung besitzenden Fragen ein Tüpfelchen aufs „i“ zu setzen.

In Moskau teilt man die Meinung der deutschen Freunde, wonach es beim Gespräch mit Brandt sinnvoll wäre, die prinzipielle Position der DDR in Fragen der Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und des Abschlusses eines entsprechenden Vertrages darzulegen. Dies würde es erlauben, den Manövrierspielraum Bonns einzuschränken und in Erfahrung zu bringen, ob es Voraussetzungen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD gibt, die, wie Gen. Ulbricht richtigerweise betont, einzig auf völkerrechtlicher Grundlage möglich seien.

Die Versuche der Regierung der BRD, die völkerrechtlichen Prinzipien in den Beziehungen mit der DDR zu umgehen, entspringen der Absicht, sich Hintertüren zur Fortsetzung des bisherigen Bonner Kurses offenzuhalten, auch wenn dies nunmehr mit anderen Mitteln als noch unter Adenauer geschieht. Aus diesem Grund erscheint es uns richtig, dass die Freunde von Anfang an aufmerksam den Umstand verfolgen, dass die Regierung der BRD bislang noch keine Antwort auf den wesentlichen Kern der Vorschläge erteilte, die in dem Brief des Staatsratsvorsitzenden der DDR an den Präsidenten der BRD übermittelt wurden. Es kann sein, dass dieser Sache noch größerer Nachdruck verliehen werden muss, indem wir die von den Freunden in ihrem Vertragsentwurf ausformulierten Thesen bekräftigen.

Aufmerksamkeit bekommen all jene Textstellen des Briefentwurfes, in denen die Notwendigkeit eines Gesprächs zwischen den Regierungschefs der DDR und der BRD begründet wird. In ihrem gegenwärtigen Wortlaut könnten diese Formulierungen Anlass für eine dahingehende Interpretation geben, dass alleine die Tatsache eines Treffens als Erlangung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD angesehen werden könnte, obwohl Westdeutschland die dafür erforderlichen Bedingungen noch nicht erfüllt.“

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 318, S. 32. – Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPdSU vom 26. Januar bis 5. Februar 1970. Punkt 67.

** Ebd., S. 56f. – Anlage zu Punkt 67 des Prot. Nr. 153.

¹ Bei der Zahl handelt es sich vermutlich um eine Nummerierung der Chiffretelegramme an die sowjetischen Botschafter im Ausland.

Fragen Sie Gen. Ulbricht, wie die Freunde die mögliche Reaktion Brandts auf diesen Brief einschätzen und wie sie sich eine mögliche Linie für den Fall vorstellen, dass die westdeutsche Seite einem Treffen keine Zustimmung erteilt oder sie mit den Vorschlägen nicht einverstanden ist, welche die Führung der DDR im Zuge des Treffens zu tätigen beabsichtigt. Versuchen Sie, die Meinung der Freunde zur Taktik in den von ihnen vorgeschlagenen Gesprächen mit der BRD in Erfahrung zu bringen und drücken Sie unsere Bereitschaft aus, auch in Zukunft die erforderlichen Konsultationen durchführen und die konkreten Positionen zu Fragen abstimmen zu wollen, die sich in den Beziehungen unserer Länder mit der BRD ergeben könnten.

Die Umsetzung ist telegraphisch zu bestätigen.